Parteiprogramm der AFD

- Gründung 6.2.2013 in Berlin
- Ausgangspunkt: Kritik an Euro-Währungspolitik, Wirtschaftsliberalismus
- · Rechtsruck: Nationalkonservativer bis völkisch-nationalistischer Flügel übernimmt die Parteiführung 2015

Wahlergebnisse:

Europawahl	2014	7,0 %
Hessen	2013	4,1 %
Sachsen	2014	9,7 %
Brandenburg	2014	12,2 %
Thüringen	2014	10,6 %
Hamburg	2015	6,1 %
Bremen	2015	5,5 %
Sachsen-Anhalt	2016	24,2 %
Rheinland-Pfalz	2016	12,6 %
Baden-Württemberg	2016	15,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	2016	20,8 %
Berlin	2016	14,2 %
Saarland	2017	?
Schleswigholstein	2017	?
Nordrhein-Westfalen	2017	?
Bundestag	2017	?

Rechtspopulisten nach Trump: "Hol dir dein Land zurück"

- Auch Geert Wilders (PVV) hat seine Genugtuung über den Wahlsieg Trumps kundgetan und ihn als "Revolution" gefeiert, die nun auch in Europa Einzug halten müsse. Er sieht Trump an der Spitze einer weltweiten Bewegung, die die 'politisch korrekten Lehren der Eliten beendet"'. Seiner Partei werden bei den ersten Wahlen in diesem Jahr große Chancen eingeräumt, zur stärksten Partei zu werden."
- Frauke Petry wird mit folgenden Worten zitiert:
 "Die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA ist vor allem ein Triumph des amerikanischen Volkes über das Establishment.
 Daß eine politische Karriere wie die von Trump überhaupt möglich ist, bezeugt zugleich die beneidenswerte Vitalität der amerikanischen Demokratie."

(Florian Rötzer: in Telepolis 15.1.2017 (https://www.heise.de/tp/features/Rechtspopulisten-nach-Trump-Hol-dir-dein-Land-zurueck-3596441.html)

Das AFD-Programm

"Schon jetzt steht das Programm unter einem "nationalen Imperativ", der sich wie ein roter Faden durchzieht. Er verbindet die im Geiste des deutschen Ordoliberalismus stehenden neo(national)liberalen Komponenten mit christlichkonservativen, völkisch-nationalistischen und direkt-demokratischen Positionen." (Helmut Kellershohn in DISS 6/2016, Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis)

Konsequenzen?

Man hat eine eindeutige Meinung zu der Partei als völkisch-nationalistisch antidemokratische Partei und ignoriert sie, was die Gefahr der öffentlichen Marginalisierung der eigenen Position in den Wahlkämpfen 2017 in sich birgt.

oder

Man geht auf die Themen der AFD ein, versucht diese aufzugreifen und macht in der Konsequenz die AFD damit hoffähig.

oder?

Parteiprogramm der AFD - Fragestellungen

1. Mit welchen Inhalten macht die AfD sich anschlussfähig und kann Wähler gewinnen?

2. Welche Topoi oder auch Erzählungen werden in dem Programm evoziert?

3. Wie kann eine politische Auseinandersetzung mit der AFD aussehen, die für ihre VertreterInnen nicht zur Treppe auf die Bühne der (medialen) Öffentlichkeit wird?

Vielschichtigkeit des Voll-Programms

- Das Programm bedient viele politische Richtungen, auch linke und ist dabei in sich widersprüchlich (Auszüge I)
- Das Programm bietet eingängige, an einfachen Lösungen orientierte Forderungen, die scheinbar ohne Aushandlungsprozesse realisierbar sind (Auszüge II)
- Das Programm führt über das "WIR" das völkische Denken ein und fördert in der Abgrenzung von Volk und der Abwertung von NICHT-Volk zu rassistischem Denken (Auszüge III)

Auszüge I

- "Die Amtszeitbegrenzung von Mandatsträgern kann dieser gesellschaftsschädigenden Entwicklung entgegenwirken und das Machtmonopol der Parteien beschneiden. So können wir unser Ideal des Bürgerabgeordneten wiederherstellen. Konkret fordern wir eine **Amtszeitbegrenzung** für Abgeordnete auf höchstens vier Legislaturperioden. Diese Regelung gilt nicht für direkt gewählte Abgeordnete." (S. 13)
- "Organisationen und international agierende **Konzerne**, die Einfluss auf die Innenpolitik anderer Länder oder deren Eliten zu nehmen versuchen, um ihre politischen oder wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, sind darin zu beschränken." (S.30)
- "Wir sind für die Freiheit der Handelswege, der internationalen Kommunikation (wie die des Internets), für den "Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und für die gleichberechtigte, faire Nutzung der globalen Ressourcen." (S. 31)
- "Die AfD setzt sich für den Abzug aller auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen und insbesondere ihrer Atomwaffen ein." (S. 31)
- "Als Partei der sozialen Marktwirtschaft will die AfD erreichen, dass in letzter Konsequenz Insolvenzen von Banken ohne Beteiligung des Steuerzahlers möglich sind. Die Haftung für falsches oder zu riskantes Handeln von Banken darf nicht durch das Argument der "Systemrelevanz" unterlaufen werden." (S. 21)
- "Die Arbeitswelt soll es allen Bürgern ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben in relativem Wohlstand zu führen. Weil dieser Anspruch mit den Zielen der Wirtschaft nicht unbedingt deckungsgleich ist, muss der Staat einen angemessenen **Ordnungsrahmen** schaffen." (S. 35)
- "Eine graduelle Abnahme der **Bevölkerungszahl** darf in Deutschland als einem der am dichtesten besiedelten Länder der Welt kein Tabu sein. Neue Techniken der Automatisierung und Digitalisierung bieten Deutschland die Chance, auch bei einer abnehmenden Zahl an Arbeitskräften die Wirtschaftskraft Deutschlands ohne gravierende Wohlstandsverluste zu erhalten." (S. 43)

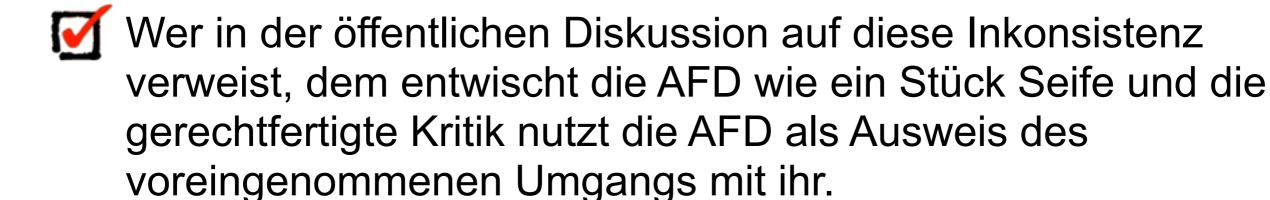
Auszüge I

- "Die Qualität in Krippen muss sich insbesondere hinsichtlich des **Betreuungsschlüssels** an international geforderten Standards orientieren." (S. 43)
- "Weder familienbedingte **Erwerbspausen** noch Teilzeitarbeit sollten sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung auswirken." (S. 42)
- " Die AfD setzt sich dafür ein, **Kultur** zu den Pflichtaufgaben des Staates auf den Ebenen des Bundes und der Länder zu erklären." (S. 47)
- Die Freiheit von Forschung und Lehre ist nur durch eine verlässliche staatliche Grundfinanzierung gewährleistet. Die AfD fordert deshalb, die oft politisch-ideologische Vergabe von staatlichen Drittmitteln durch eine **Erhöhung der Grundfinanzierung** zu ersetzen. (S.52)
- "Die AfD bekennt sich dazu, ökonomische **Fluchtursachen** zu vermeiden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft zunächst Nachteile mit sich bringen könnte. Dazu gehört beispielsweise ein Exportstopp für hochsubventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Afrika, die dort die lokalen Märkte ruinieren und den Menschen ihre Lebensgrundlage nehmen. Dasselbe gilt für den Export von Waffen, Altkleidern, Giftmüll und andere westliche Abfallprodukte sowie für die EU-Fischerei vor den afrikanischen Küsten." (S. 61)
- "Die AfD lehnt daher **Handelsabkommen** grundsätzlich ab, wenn diese intransparent und nicht öffentlich sowie ohne Beteiligung des Bundestages verhandelt werden, ohne ausgewogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen." (S. 68)
- "Über Privatisierungen sollen Bürgerentscheide auf der jeweiligen staatlichen Ebene entscheiden, insbesondere bei der öffentlichen **Daseinsvorsorge** und in Bezug auf öffentliches Wohn- und Grundeigentum." (S.69)
- "Die kommunalen, dezentralen Wasserversorgungsbetriebe wollen wir unterstützen. Eine **Privatisierung** und damit Kommerzialisierung der Grundversorgung mit Trinkwasser lehnen wir ab." (S. 71)
- "Radioaktive Reststoffe sollten dezentral, zugänglich und katalogisiert in gesicherten Orten eingelagert werden, wo jederzeit der Zugriff möglich ist, um sie mit technischem Fortschritt wieder aufbereiten zu können. Eine zentrale Endlagerung an einem später kaum mehr zugänglichen Ort halten wir für den falschen Weg." (S. 83)
- " Die AfD spricht sich, bis zur fundiert nachgewiesenen Unschädlichkeit für Mensch und Tier, ausdrücklich gegen den Einsatz des von der WHO als wahrscheinlich krebserzeugend eingestuften **Glyphosat** beim Pflanzenschutz aus." (S. 86)

Resümee I

Diese Forderungen bedienen diverse Positionen und machen die AFD anschlussfähig. Die Forderungen sind untereinander inkonsistent.

- "Durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten ökonomischen Ergebnisse. Das unsubventionierte Angebot, von dem sich die Marktteilnehmer den größten Vorteil versprechen, setzt sich dauerhaft durch. Deshalb gilt für die AfD: Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle." (S. 67)
- "Den Außenhandel will die AfD ebenso marktwirtschaftlich ausrichten wie die inländische Wirtschaftsordnung." (S.67)
- "Die kommunalen, dezentralen Wasserversorgungsbetriebe wollen wir unterstützen. Eine **Privatisierung** und damit Kommerzialisierung der Grundversorgung mit Trinkwasser lehnen wir ab." (S. 71)
- "Fischerei ist **Kulturgut**. Unsere Fischer sind beim Beseitigen von Wettbewerbsnachteilen zu unterstützen…" (S. 88)



Populismus

- Populismus ist weniger durch bestimmte politische Inhalte zu charakterisieren als vielmehr durch seine Art und Weise der politischen Artikulation.
- Die diskursiven **Mittel**, deren sich der Populismus bedient, **dominieren** die politischen **Ziele**, die er jeweils (angeblich) anstrebt.
- Populismus **verachtet das diskursive** *Aushandeln* politischer Entscheidungen zwischen verschiedenen Interessengruppen. Die dabei entstehenden Kompromisse beweisen aus populistischer Sicht regelmäßig, dass die herrschenden Eliten lediglich *heucheln*, wenn sie die Interessen des Volkes zu vertreten erklären. In Wirklichkeit verträten sie nur ihre eigenen Interessen als herrschende Schicht.
- Populismus organisiert sich daher als **Bewegung**, nicht als *Partei* (im herkömmlichen Sinne). Wenn er aus juristisch-organisatorischen Gründen aber trotzdem als "Partei" firmieren muss, grenzt er sich von den "Alt-" oder "System-"Parteien ab.
- Populismus kann ... erfolgreich einfache Lösungen suggerieren. (Traditionelle Parteien propagieren solche zwar ebenfalls regelmäßig in ihren Wahlkämpfen; aber im parlamentarischen Diskurs lassen sie sich dann ebenso regelmäßig auf das Aushandeln von Kompromissen ein.) Die "einfachen" Lösungen werden dichotomisiert: Entweder Ja oder Nein, Schwarz oder Weiß. Populismus favorisiert deshalb plebiszitäre Entscheidungen.

9

Auszüge II - Populismus

- Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen. Dieses Recht würde in kürzester Zeit präventiv mäßigend auf das Parlament wirken und die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen nachhaltig eindämmen." (S. 9)
- "Der Staat ist für den Bürger da, nicht der Bürger für den Staat. Nur ein **schlanker Staat** kann daher ein guter Staat sein." (S. 9)
- "Eine Reduzierung der Zahl von derzeit etwa 2.500 Parlamentariern und der mit dieser einhergehenden Verwaltung würde zu einer enormen **Kosteneinsparung** und Erhöhung der Arbeitsqualität führen." (S.12)
- "Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende **Lobbyismus** in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden."(S.13)
- "Wir wenden uns gegen die fortschreitende europäische Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken aus Bankgeschäften." (S.21)
- "Die AfD fordert daher einen "sicherheitspolitischen Befreiungsschlag", um den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Andere Belange haben sich dem unterzuordnen." (S. 24)
- "Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine Wiederherstellung unseres Rechtssystems und für einen **effektiven Rechtsschutz** der Bürger ein." (S. 25)

Auszüge II Populismus

- •"Insbesondere muss es auch in den bildungsnahen, mittleren Einkommensschichten wieder möglich sein, zukunftsgerichtet für eine große **Familie** zu sorgen, ohne sich dabei einem Armutsrisiko auszusetzen." (S. 42)
- •"Als zentrales Element deutscher Identität muss die deutsche Sprache dem Vorbild vieler anderer Länder folgend als Staatssprache im Grundgesetz festgeschrieben werden." (S. 47)
- "Die aktuelle **Verengung der deutschen Erinnerungskultur** auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst." (S. 48)
- •Die AfD fordert deshalb, die oft **politisch-ideologische Vergabe** von staatlichen Drittmitteln durch eine Erhöhung der Grundfinanzierung zu ersetzen. (S. 52)
- •"Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert. Irreguläre Migranten aber, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen." (S. 59)
- •"Jede Form von staatlicher Planwirtschaft führt früher oder später zu Fehlallokationen und Korruption. Dabei gilt für uns wie für die **Väter der Sozialen Marktwirtschaft**: Wirtschaft ist immer Mittel zum Zweck, niemals Selbstzweck.(S. 67)

Resümee II

Diese Forderungen bedienen diverse politische Haltungen und sie müssen wechselseitig im Kontext gesehen werden

- "Die AfD vertritt eine Außenpolitik, die darauf verpflichtet ist, die außen- und sicherheitspolitischen, die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Deutschlands zu wahren." (S.31)
- "Wir sind für die Freiheit der Handelswege, der internationalen Kommunikation (wie die des Internets), für den "Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und für die gleichberechtigte, **faire Nutzung der globalen Ressourcen**." (S. 31)
- "Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom "Gender-Mainstreaming" propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen. (S. 41)
- "Die Qualität in Krippen muss sich insbesondere hinsichtlich des Betreuungsschlüssels an international geforderten Standards orientieren." (S. 43)



Auf diese Forderungen zu reagieren bedeutet, für ein Grinsen im Gesicht der AFD zu sorgen

Auszüge III - völkisch - rechtsextrem

- "Dabei hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur." (S. 42)
- "Durch das sich Ausbreiten der konfliktträchtigen **Multi-Minoritätengesellschaften** erodieren der soziale Zusammenhalt, das gegenseitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit als unverzichtbare Elemente eines stabilen Gemeinwesens. Der durchschnittliche Bildungsstand wird weiter sinken." (S. 42)
- "Die Ideologie des **Multikulturalismus**, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der **einheimischen Kultur** gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit." (S. 47)
- Der **Islam** gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.(S.49)
- "Diese Kinder sollen die deutsche Staatsangehörigkeit nur dann erhalten, wenn mindestens ein Elternteil bereits **Deutscher** ist." (S.65)

Auszüge III - Familien- und Geschlechterbild

- "Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagsschulen, die Umsetzung des "Gender-Mainstreaming"-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die **Familie als wertegebende gesellschaftliche Grundeinheit**. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die "nur" Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt." (S.41)
- "Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder.(S. 41)
- "Eine einseitige Hervorhebung der **Homo- und Transsexualität** im Unterricht lehnen wir ebenso entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das "Gender-Mainstreaming". Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden." (S.54)
- "Die Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche "Gender-Studies", Quotenregelungen und eine Verunstaltung der deutschen Sprache sind zu stoppen." (S.55)
- "Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und **spezifischen Geschlechterrollen** in den Familien entgegen. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch "korrigiert" werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung ab." (S. 55)

Resümee III

Diese Forderungen geben ideologische Grundpositionen wieder oder führen diese implizit in das Denken der LeserInnen ein



Diesen Forderungen muss scharf entgegengetreten werden, ohne durch die Art und Weise (Sprachwahl) die ideologischen Grundpositionen der AFG damit diskussionsfähig zu machen

MUT ZU DEUTSCHLAND.

FREIE BÜRGER,

KEINE UNTERTANEN.

Wir sind Liberale und Konservative.

Wir sind freie Bürger unseres Landes.

Wir sind überzeugte Demokraten.

MUT ZU DEUTSCHLAND. FREIE BÜRGER, KEINE UNTERTANEN.

Wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind überzeugte Demokraten.

Zusammengefunden haben wir uns als Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfahrung, mit unterschiedlicher Ausbildung, mit unterschiedlichem politischen Werdegang. Das geschah in dem Bewusstsein, dass es an der Zeit
war, ungeachtet aller Unterschiede, gemeinsam zu handeln
und verantwortungsbewusst zu tun, wozu wir uns verpflichtet fühlen. Wir kamen zusammen in der festen Überzeugung,
dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse
glaubt, uns als "alternativlos" zumuten zu können.

"Zusammengefunden haben wir uns als Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfahrung, mit unterschiedlicher Ausbildung, mit unterschiedlichem politischen Werdegang. Das geschah in dem Bewusstsein, dass es an der Zeit war, ungeachtet aller Unterschiede, gemeinsam zu handeln und verantwortungsbewusst zu tun, wozu wir uns verpflichtet fühlen. Wir kamen zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als "alternativlos" zumuten zu können."

"Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen. Ebenso wollten wir nicht länger hinnehmen, dass durch das Regime der EURO-Rettung längst überwundene Vorurteile und Feindseligkeiten zwischen den europäischen Völkern neu aufbrechen.

Daher haben wir uns dafür entschieden, Deutschland und seinen Bürgern in allen Bereichen eine echte politische Alternative zu bieten."

Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur. Denn Demokratie und Freiheit stehen auf dem Fundament gemeinsamer kultureller Werte und historischer Erinnerungen. In der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren wir mit unserem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa souveräner

demokratischer Staaten zu schaffen, die einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.

Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen, so wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid aller Regierungsmitglieder vorsieht:

"Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft er füllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde." In diesem Sinne geben wir uns das nachfolgende Grundsatzprogramm.

Diskussionsstrategien

 Sich nicht auf eine Argumentation einlassen, wo es nur um populistische Agitation geht. So entsteht nur das Grinsen in den Gesichtern der AFD.

 Ideologischen Positionen (Nationalismus, Sozialdarwinismus, Familien- und Genderideologie) muss scharf entgegengetreten werden.